



Resolution | Hannover, 21. November 2009

Kommunale Handlungsfähigkeit verteidigen!

In der Finanzkrise ist die Handlungsfähigkeit der niedersächsischen Städte, Gemeinden, Samtgemeinden und Landkreise bedroht:

- Im nächsten Jahr sinken Steuereinnahmen und Finanzausgleich um mehr als eine halbe Milliarde Euro!
- Immer noch enthält die Landesregierung den Kommunen im Finanzausgleich jährlich mehr als 100 Mio. Euro vor, mit denen sie sich selbst seit 2005 sanieren will; zusammen sind dies inzwischen 600 Mio. Euro!
- Die Kassenkredite wachsen wieder an; waren es Ende 2008 noch 4,2 Mrd. Euro, so Mitte dieses Jahres schon 4,5 Mrd.
- Die Kommunalaufsicht des Landes zwingt Städte, Gemeinden, Samtgemeinden und Landkreise politisch gestaltbare Aufgaben einzustellen: Gerade drei Prozent so genannter freiwilliger Leistungen will sie akzeptieren.
- Städte, Gemeinden, Samtgemeinden und Landkreise werden dadurch von Selbstverwaltungskörperschaften zu Befehlsempfängern des Landes.

In dieser Situation kommt die schwarz – gelbe Koalition auf die Idee, zulasten künftiger Generationen die Steuern zu senken und die Kommunen weiter zur Einstellung notwendiger Leistungen oder aber zur Kreditaufnahme zu zwingen; die Berliner Pläne bedeuten für die Städte, Gemeinden und Landkreise jährlich 306 Mio. Euro weniger Einnahmen!

Gleichzeitig soll die Gewerbesteuer als wichtigste kommunale Steuer erneut angegriffen und durch Steuermodelle ersetzt werden, die die ruinöse Konkurrenz zwischen den Kommunen weiter verstärken.

Wir fordern daher:

- Die Landesregierung muss den Steuersenkungsplänen im Bundesrat die Zustimmung verweigern und sich – für die Interessen der Menschen in Niedersachsen einsetzen – sowie auf die Seite der niedersächsischen Kommunen stellen. Die Städte, Gemeinden und Landkreise brauchen einen verlässlichen Partner, der **mit** und nicht gegen die **Bedürfnisse der Menschen** handelt! Sollte die Landesregierung dennoch den Steuersenkungsplänen zustimmen, muss sie die Steuerausfälle für die Kommunen in gleicher Höhe ausgleichen!
- Die Landesregierung muss endlich die Kürzung des Finanzausgleichs rückgängig machen und darüber hinaus die finanzielle Mindestausstattung der Kommunen so regeln, dass politischer Gestaltungsspielraum bleibt – und damit die Grundlage für ehrenamtliches Engagement.
- Die Gewerbesteuer muss erhalten bleiben und endlich revitalisiert werden: Unsinnige Steuerbefreiungen und -ausschlüsse müssen aufgehoben werden. Wir unterstützen vorbehaltlos die Forderung aller kommunalpolitischen Spitzenverbände!